

Zwangsgebühren finanzierter Staatsfunk weigert sich zu sparen

Die Sparpläne von ARD und ZDF sind unzureichend, kritisiert die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs des öffentlichen Rundfunks (KEF). Die Anstalten wollen nicht am Programm sparen, sondern nur an Technik und Verwaltung, berichtet die BILD-Zeitung.

Karin Wilke, medienpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, erklärt:

„Der mit Zwangsgebühren finanzierte Staatsfunk hat immer noch nicht verstanden, dass er sich grundlegend reformieren muss. Neue Formate und Spartenkanäle sowie aufwendige Online-Angebote, teure Sportveranstaltungen und Musik-Shows treiben den Gebühren-Wahnsinn immer weiter nach oben. Zudem müssen die teuren Doppelstrukturen von ARD und ZDF endlich beendet werden.

Von Problem-Bewusstsein dagegen keine Spur: Trotz staatlicher Sparforderungen forderte der neue ARD-Intendant Wilhelm kürzlich sogar drei Milliarden Euro zusätzliche Gebühren ein.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss endlich wieder auf seine gesetzliche Kernaufgabe zurechtgestutzt werden, die Bürger mit den wichtigsten Fakten und Nachrichten ideologiefrei zu informieren. Die AfD-Fraktion hatte bereits Vorschläge erarbeitet, wie der Medienmoloch verschlankt, bezahlbar und politisch neutral gestaltet werden kann.“